

## PRESSEMELDUNG

### Empfehlungen des NSU Untersuchungsausschusses greifen zu kurz

**Am heutigen Donnerstag wird der Bericht des Untersuchungsausschuss zur Mordserie des NSU in Berlin veröffentlicht. Die aus dem Bericht hervorgehenden Empfehlungen sollen von der neuen Bundesregierung umgesetzt werden. Aus der Sicht der Verbände bleiben diese jedoch weit hinter den Erwartungen zurück.**

Am Donnerstag 22. August 2013 veröffentlicht der 2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags seinen umfassenden Bericht zu den Vorfällen um die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Neben der Darstellung der Hintergründe und Fakten hat der Ausschuss eine Liste von 47 Handlungsempfehlungen für die neue Bundesregierung zusammengestellt. Diese sollen dann nach Regierungsbildung in die Tat umgesetzt werden. Nichtregierungsorganisationen hatten gehofft, dass von politischer Seite Bereitschaft besteht aus den Fehlern der Arbeit bei Polizei und Verfassungsschutz im Zuge der Morduntersuchungen zu lernen. Nach der Veröffentlichung des Berichtes zeigt es sich jedoch, dass nur kleine Schritte zur Verbesserung der Polizeiarbeit einen Konsens fanden.

Das **Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung** e.V. (BUG), hatte nach der Aufdeckung der Untersuchungsmethoden der Polizei den Eindruck gewonnen, dass die Opfer und Angehörigen des NSU aufgrund ihres Migrationshintergrundes von der Polizei anders behandelt wurden als dies in Mordfällen an Deutschen der Fall gewesen wäre. Um diese Ungleichbehandlung zu beenden, hatte das BUG Ausschussmitgliedern Hintergrundmaterial zur Verfügung gestellt und konkrete Handlungsansätze vorgeschlagen.

Vera Egenberger, Geschäftsführerin des BUG zeigt sich heute enttäuscht: „Auch in Großbritannien musste vor circa 20 Jahren die Polizeiarbeit bei der unzureichenden Untersuchung eines rassistisch motivierter Mordes parlamentarisch untersucht werden. Das eklatante Fehlverhalten der Polizei dort führte zu umfassenden strukturellen und personellen Veränderungen. Der 2. Untersuchungsausschuss hat die Chance verpasst das offensichtliche Problem in Deutschland angemessen anzugehen.“ Das BUG wird die Empfehlungen des Ausschusses jedoch auf ihre pragmatische und zielführende Umsetzung prüfen und zivilgesellschaftliche Vorschläge anbieten.

Der Polizei waren in den vergangenen Jahren vermehrt Vorwürfe, wegen der Ungleichbehandlung von Menschen mit Migrationshintergrund, gemacht worden.

#### Kontakt:

Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG)  
Greifswalderstraße 4, 10405 Berlin  
Geschäftsführerin Vera Egenberger  
Telefon: 01577 522 17 83  
Email: [vera.egenberger@bug-ev.org](mailto:vera.egenberger@bug-ev.org)  
Website: [www.bug-ev.org](http://www.bug-ev.org)

*Anzahl der Zeichen: 2.400  
Berlin, 22.03.2013*